

Bericht der Deutsch-Britischen Stiftung

**The EU Presidency:
'Honest broker' or driving seat?
An Anglo-German comparison in the
environmental policy field**

Rüdiger K. W. Wurzel

Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht vergleicht den britischen mit dem deutschen EU-Vorsitz (1992, 1998 resp. 1994, 1999) und konzentriert sich dabei hauptsächlich auf die Umweltkommission. Da die Umweltpolitik sich jedoch auch auf andere Bereiche der Politik auswirkt, untersucht er auch Regierungen außerhalb des Europarates oder der Kommission für Allgemeine Angelegenheiten. Wenn man die nationalen Umweltschutzgesetze sowie die Unterschiede in der Einstellung zur EU und zur Umweltpolitik ebenso in Betracht zieht wie die verschiedenen Koordinationsstrukturen der EU-Politik, waren die Unterschiede innerhalb der Umweltkommission dem Bericht zufolge während der britischen bzw. deutschen Präsidentschaft überraschend gering.

Ähnliches gilt für die Anzahl und die Wahl der Termine der offiziellen Umweltkommissionssitzungen, bei denen die Zahl der gemeinschaftlich verabschiedeten Gesetze in jedem der vier Präsidentschaftsjahre zwischen sechs und neun lag. Größere Schwankungen gab es eigentlich nur bei den nicht offiziellen Umweltkommissionssitzungen. Nur der britische Vorsitz (1988) organisierte kommissionsübergreifende Sitzungen zu den Themen Umwelt und Verkehr, die allerdings kaum mehr als vage Aussagen hervorbrachten.

In der Umweltkommission ist die Arbeitsbelastung für die Präsidentschaft im Laufe der Zeit erheblich gestiegen. Auch sind im Zuge der Entwicklung der EU-Umweltpolitik manche Dossiers vielschichtiger geworden. Daraus resultierte eine steigende Zahl von Sitzungen des Komitees der Ständigen Vertreter (COREPER) und der Umweltschutzgruppe, deren vorbereitende Tätigkeit für die Umweltkommission ausschlaggebend ist. Die Veränderungen im Entscheidungsfindungsprozess, die zunehmende Komplexität der Aktenberge sowie das Ergänzungsprinzip haben jedoch während der Präsidentschaften Großbritanniens und Deutschlands zu keiner Verlangsamung der Durchsetzung der EU-Umweltschutzgesetze geführt.

Insgesamt gesehen sind die Mitgliedsstaaten in Bezug auf Dossiers von nationalem Interesse eher kompromissbereit, wenn sie den Vorsitz selbst innehaben. Offenkundige Übertretungen der Präsidentschaftsnormen kommen jedoch selten vor. Nur der deutsche Vorsitz (1999) missachtete offen den Grundsatz vom „redlichen Makler“, als Bundeskanzler Schröder nach starkem Lobbying der Autoindustrie hinsichtlich des Gesetzes zur Gratisverschrottung von Altfahrzeugen (GAF) intervenierte und Umweltminister Jürgen Trittin anwies, dem Gesetz die deutsche Unterstützung zu versagen. Mit dem Angebot eines Kopplungsgeschäfts konnte Schröder die britischen und spanischen Premiers Tony Blair und José Maria Aznar erfolgreich beeinflussen, so dass diese drei Staaten bezüglich des GAF-Gesetzes eine blockierende Minderheit bildeten. Das Verhalten der deutschen Regierung wurde zwar weithin als Amtsmisbrauch eingestuft, bildete jedoch die Ausnahme von der Regel und ist somit nicht repräsentativ für den deutschen Vorsitz des Jahres 1999, der insgesamt gesehen sehr erfolgreich ausfiel.

Amtsinhaber müssen folglich die widersprüchlichen Normen ihrer Präsidentschaft mit den politischen Bedürfnissen ihrer Heimatländer in Einklang bringen. In der Regel garantiert das Präsidentenamt einem Mitgliedsland zwar die Macht, den Terminplan zu *erstellen*, nicht aber, ihn auch *durchzuführen*.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Annette Birkholz
Anglo-German Foundation/Deutsch-Britische Stiftung
34 Belgrave Square, London SW1X 8DZ
Tel +44 (0)20 7823 1123, Fax +44 (0)20 7823 2324
E-mail ab@agf.org.uk, Website www.agf.org.uk

Dr Rüdiger K. W. Wurzel
Department of Politics and International Studies, University of Hull
Hull HU6 7RX
Tel +44 (0)1482 466081, Fax +44 (0)1482 466208
E-mail R.K.Wurzel@hull.ac.uk, Website http://www.hull.ac.uk/pas/rudiger_wurzel.htm

Anmerkung für Redaktionen:

Die Deutsch-Britische Stiftung trägt seit dreißig Jahren zur politischen Entscheidungsfindung in Großbritannien und Deutschland bei, indem sie bilaterale Forschung und die Diskussion wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Themen unterstützt, und die Ergebnisse dieser Tätigkeit Entscheidungsträgern, Praktikern und Beratern zugänglich macht.

Sie können diesen Bericht kostenlos von der Website der Stiftung – www.agf.org.uk – herunterladen.

Autor des Berichts:
Rüdiger K.W. Wurzel, Department of Politics and International Studies, University of Hull